

„Der Steuerzahler hat noch keinen Cent verloren“

VON SHARON CHAFFEN

Vom ausgewiesenen Innenexperten zum Finanzfachmann: Seit Oktober 2009 ist der CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium – und hat sich in die Materie intensiv eingearbeitet, wie er beim Besuch in der NZ zeigte.

NÜRNBERG – Die Griechen sind nicht die Ersten – und werden nicht die Letzten sein. Falls die Deutschen jetzt bisweilen etwas hochmütig in Richtung Athen blicken, haben sie dazu nicht allzu viel Grund. Denn noch vor einigen Jahren rügte die EU-Kommission neben Paris mehrmals auch Berlin – wegen Verstößen gegen den Stabilitätspakt.

Vom Defizitsünder zum Musterschüler

Damals befasste sich der oberfränkische CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk insbesondere mit innenpolitischen Angelegenheiten wie dem Engagement um die Vertriebenen, kann sich aber dennoch gut an die Krisenjahre erinnern: „Wir waren Wachstumsschluslicht mit fünf Millionen Arbeitslosen – da kassierten wir aus Brüssel schon den einen oder anderen blauen Brief.“

Die Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder habe mit der Agenda 2010 die Probleme, die teilweise noch von der Wiedervereinigung herrührten, langsam angepackt, die Große Koalition den Kurs schließlich fortgesetzt. Das Ergebnis: „Deutschland hat einen harten Weg zurückgelegt und steht jetzt gut da.“ An dieser Entwicklung könne man sehen, wie Konsolidie-



Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk zu Besuch in der NZ. F.: Harald Sippel

rung und Strukturformen neue Potenziale freisetzen. Deutschlands Zeit als Defizit-Sünder liege also noch gar nicht so lange zurück, betont Koschyk: „Da wäre bei uns manchmal ein bisschen mehr Demut angebracht.“

Es gebe in der Bevölkerung hierzulande auch Bedenken, ob man für die Schuldenkrise anderer Länder weiterhin aufkommen kann und soll. Die Kritik lässt der Finanzexperte nicht gelten: „Bisher ist in der Eurokrise kein einziger Cent des deutschen Steuerzahlers verloren gegangen.“ Das erste Programm für Griechenland läuft über gepoolte Kredite: „Solange Athen nicht bankrott geht, verlieren wir kein Geld des Steuerzahlers.“

Auch die Sorge, künftig müssten Staaten anderen immer häufiger aus der Finanzkrise helfen, teilt der gebürtige Forchheimer nicht. Das werde nicht eintreten, sagt er. Denn der Fiskalpakt werde zu einer Stabilitätsunion führen. Außerdem sei Solidarität keine Einbahnstraße: „Unterstützung bekommen nur jene Regierungen, die entsprechende Konsolidierungsanstrengungen leisten.“

So lange sich in Athen keine Regierung bildet, dürfte das hingegen schwerfallen. Allerdings will Koschyk selbst beim hoch verschuldeten Griechenland nicht nur schwarzsehen. Eine Katastrophe gebe es nicht. Die Folgen seien in jedem Fall beherrschbar – selbst dann, wenn sich im Parlament keine Mehrheit für den mit EU und IWF vereinbarten Sparkurs findet: „Dann wäre es am besten, Griechenland scheidet freiwillig aus der Eurozone aus“, sagt Koschyk, „billiger aber wird es dann auf keinen Fall.“

Natürlich sei es daher wünschenswerter, man könne Athen wieder an

den Euro heranzuführen. Ob das aber in den nächsten Wochen – ohne mehrheitsfähige Regierung – gelingen wird, sei fraglich. Wie auch immer die Situation ausgeht, eines müsse man nicht fürchten: dass Griechenland im Schuldenstrudel benachbarte Staaten mit sich reißt. „Der Quarantäne Gürtel ist stärker geworden.“ Dadurch würden auch die „wirtschaftlichen Kollateralschäden“ abgemildert. Deutschland sei ja bisher am besten durch die Krise gekommen.

Wie Seehofer Norbert Röttgen rettet

Deshalb sei die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen auch nicht als Gelbe Karte für Berlin anzusehen. Vielmehr sei das gute Ergebnis für Rot-Grün eine Bestätigung der dortigen Landesregierung. „Eine große Rolle hat dabei sicher auch die Persönlichkeit Hannelore Krafts gespielt.“ Gegen die SPD-Politikerin sei Norbert Röttgen ein wenig „verblasst“. Manche hätten den CDU-Herausforderer im Wahlkampf auch als zu „spröde“ und „halbherzig“ empfunden. Das könne den Ausgang noch mitbestimmen haben.

Um die Zukunft des Bundesumweltministers, mit dem Koschyk schon seit langem befreundet ist, fürchtet der CSU-Bundestagsabgeordnete indes nicht. Die Niederlage habe keine sofortigen Auswirkungen; Röttgens Verbleib im Umweltressort sei vorerst unbestritten. Und wenn Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer lautstark Röttgens Ablösung fordert, sei das für diesen doch geradezu eine „Lebensversicherung“, meint Koschyk. „Denn die Kanzlerin lässt sich in ihre CDU-Ministerriege nicht reinreden.“